



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Oskar Atzinger, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung
Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG)
hier: Gendersprache durch korrektes Deutsch ersetzen
(Drs. 18/22504)**

Der Landtag wolle beschließen:

Der gesamte Gesetzestext (Art. 1 bis 132) wird sprachlich dergestalt überarbeitet, dass die grammatikalisch falsche Verwendung des Partizips Präsens für eine angeblich geschlechtsneutrale Bezeichnung von Substantiven durch korrekte Nomina ersetzt wird. Außerdem werden langatmige Doppelnennungen von weiblichen und männlichen Formen von Substantiven grammatikalisch richtig durch das generische Maskulinum ersetzt.

Begründung:

Gesetzestexte sind grammatikalisch richtig und für jedermann verständlich abzufassen. Wenn in der Mehrzahl von Studenten, Professoren, Arbeitnehmern und Beamten die Rede ist, sollte daher die grammatikalisch richtige Form des generischen Maskulinums im Plural verwendet werden. Wenn es nicht um geschlechtsspezifische Hervorhebungen geht, sind dabei jeweils schon die Studentinnen, Professorinnen, Arbeitnehmerinnen und Beamtinnen inbegriffen. Darüber hinaus ist die Verwendung des Partizips als angeblich geschlechtsneutraler Ersatz für das Maskulinum grammatikalischer Unsinn und führt damit zur Verballhornung der deutschen Sprache. Ist im bisherigen Gesetzestext beispielsweise von einem oder mehreren „Studierenden“ die Rede, soll dies durch „Student“ oder „Studenten“ ersetzt werden, statt der Wendung „Professorinnen und Professoren“ soll das Maskulinum im Plural verwendet werden. Dies gilt auch für alle anderen Nomina. Richtige Grammatik erleichtert die Lesbarkeit, Verständlichkeit und Zugänglichkeit von Texten. Klarheit der Sprache ist gerade in der Wissenschaft von großer Bedeutung. Bayerische Hochschulen sind dementsprechend nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Pflege der deutschen Sprache verpflichtet. Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz sollte dies widerspiegeln. Der bisherige Gesetzentwurf ist entsprechend grammatikalisch zu verbessern.